

FORUM: Gewerkschaften



Robert Hinke: Von der Krise des Fordismus zur Krise der Gewerkschaften

Robert Hinke, geb. 1968 in Sydney, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie, von 1997 und 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter, derzeit Lehrbeauftragter und Doktorand am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung; Arbeitsschwerpunkte: Industrielle Beziehungen, Tarifpolitik, Arbeitsorganisation, Lohnpolitik; Veröffentlichungen zu diesen Themenfeldern.

Zur organisationsinternen wie sozialwissenschaftlichen Krisendiagnostik der Gewerkschaften gehören Stichworte wie Europäisierung und Globalisierung, aufgrund deren sich nati-

onale Gewerkschaften internationalisieren, zumindest besser vernetzen müssen, um dem international wie transnational agierenden Kapital Paroli bieten zu können. Zu Recht wird auch auf die museale Repräsentanz der Mitgliederstruktur verwiesen, welche die Sozialstruktur der 1960er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts abbildet, die es erforderlich macht, so genannte „neue“ Beschäftigtengruppen zu organisieren. Mit gleichem Recht wird auf veränderte und sich verändernde Branchenstrukturen aufmerksam gemacht, die u.a. Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den Gewerkschaften produzieren und in den letzten Jahren zu einer - ersten, vorläufigen? - Neuformierung der deutschen Gewerkschaftslandschaft führten. Es lässt sich weiterhin hinsichtlich des Verbreitungsgrades und seiner Wirksamkeit eine Krise des Flächentarifvertrages belegen und für dessen Modernisierung plädieren. Unbestritten ist auch eine Erosion der Gewerkschaftsmacht im Bereich ihrer Kernaufgaben; die Reallöhne in den 1980er-Jahren stagnierten und waren in den 1990er-Jahren sogar rückläufig, Arbeitszeiten im Bereich der Angestellten werden seit Jahren schleichend ausgedehnt. Angesichts dieser Sachverhalte wird gerne eine „härtere Gangart“ in Tarifaueinandersetzungen eingefordert. Dramatische Mitgliederverluste, die innerhalb von 10 Jahren - trotz Reintegration der DAG - den Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften von etwa 34 Prozent auf 24 Prozent schrumpfen ließen, beeinträchtigen die finanzielle wie politische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und lassen Funktionäre wie Marketingberater für kuriose Strategien der Mitgliederwerbung plädieren. Schließlich muss auch auf das - in dieser Form wohl neue - schlechte Image der Gewerkschaften als konservative, individuelle Freiheiten einschnürende Großorganisationen hingewiesen werden, das zum Anlass für werbeträchtige Öffentlichkeitskampagnen dient. Die Liste der Gründe dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung in einer Krise steckt, ließe sich ohne Mühe verlängern.

Legitimer Weise könnte sich dieser Beitrag auf den ein oder anderen der genannten Sachverhalte konzentrieren, denn die Behandlung jedes einzelnen Aspekts der gewerkschaftlichen Krise hat seine Berechtigung. Allerdings bleibt deren isolierte Thematisierung vor dem Hintergrund der bestehenden Problemlagen und Herausforderungen defizitär.

Populäres zur Krisen(v)erklärung: Globalisierung und Medienberichterstattung

An den Begriff der Krise, nicht nur zur Bezeichnung der wirtschaftlichen, sondern auch der organisationseigenen Situation, hat man sich irgendwie - insbesondere unter FunktionärInnen - gewöhnt; er strahlt offenbar wenig Dramatik aus, im Gegenteil, er provoziert oftmals den verhaltenen Widerspruch des „Ja, aber...“. Sofern damit kein Fatalismus in den gewerkschaftlichen Reihen Einzug hält, mag dies sinnvoll erscheinen, wenn damit aber ein - wie „modernisiert“ auch immer - pragmatisches „Weiter so“ gerechtfertigt werden sollte, wäre das organisations- wie gesellschaftspolitisch verantwortungslos. Die verpuffte Kampagne gegen die Agenda 2010, die „historische Streikniederlage“ (Zwickel) in Ostdeutschland und die anschließenden Personalquerelen in der IG-Metall lassen die kritische Situation der Gewerkschaften derzeit stärker ins Bewusstsein treten, ob damit aber bereits eine größere, über „politische Fehleinschätzungen“ und „taktische Fehler“ hinausgehende Bereitschaft zur grundlegenden Analyse der eigenen Krise einhergeht, bleibt fraglich.

Dennoch lassen sich die Favoriten gewerkschaftlicher Krisen(v)erklärung leicht benennen: Auf der gesellschaftstheoretischen Ebene dominiert der Verweis auf den mit der Globalisierung einhergehenden verschärften Wettbewerbsdruck, dem man wenig entgegensetzen

könne, und auf der stärker politisch-praktischen Ebene die Kritik an der neoliberal und antigewerkschaftlich gefärbten Nachrichtenpolitik der Medien.

Im Gefolge der Globalisierungsrhetorik wird alles schlimmer und bleibt doch gleich: Kapitalismus pur. Mit dieser schlichten Krisensemantik wird man der gesellschaftlichen Restrukturierungsdynamik nicht gerecht. Der gängigen Medienschelte lässt sich entgegenhalten: Von der privatwirtschaftlichen Medienindustrie ist kaum ideologiekritische Aufklärungsarbeit zu erwarten, und auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten können sich im Allgemeinen dem neoliberalen Zeitgeist kaum entziehen.

Während Letzteres rasch einleuchten dürfte, bedarf der kritische Hinweis auf die für unseren thematischen Zusammenhang analytische Unzulänglichkeit des Globalisierungstheorems einer genaueren Erörterung.

Es lassen sich kaum befriedigende Antworten auf die Frage nach dem Neuen der Globalisierung finden. Bereits Marx konzipierte den Kapitalismus als „Weltsystem“, welches internationalen Handel und internationale Arbeitsteilung voraussetzt.¹ Wenn internationaler Güter- und Finanzhandel, grenzüberschreitende Direktinvestitionen und börsennotierte Kapitalverflechtung als empirische Fakten nichts Neues sind, ohne die etwa der Schwarze Freitag von 1929 nicht denkbar gewesen wäre, kann das qualitativ Neue keineswegs im bloßen quantitativen Bedeutungszuwachs gesucht werden.²

Wenn aber der „Weltmarkt“, folgt man marxischer Terminologie, „im Begriff des Kapitals selbst unmittelbar gegeben ist“³, lässt sich „Globalisierung“ nicht als „eigenständiges Phänomen“ konzipieren, welches nationale Ökonomien gleichsam von außen unter Druck setzt.⁴ Dies gilt für die bundesdeutsche Wirtschaft umso mehr, als diese seit je her im besonderen Maße als international verflochten gilt und stets eine ausgesprochene Exportorientierung aufwies.

Auffällig auch, dass der gängige Gebrauch des Globalisierungstheorems ohne eine Erklärung seiner Ursachen auskommt.⁵ Der Globalisierungsbegriff scheint folglich mehr zu verschleiern als aufzudecken. Denn die eigentlichen Veränderungen sind der umfassenden Umbruchsituation einer fordistisch verfassten kapitalistischen Arbeitsgesellschaft geschuldet; eine Umbruchsituation grundlegender Art, deren Konturen sich erst langsam erkennen lassen.

Diese Umbruchsituation wurde zunächst als Krise oder Ende der Arbeitsgesellschaft gedeutet und gab Anlass, einen „bunten Strauß“ an „X-Y-Z-Gesellschaftsmodellen“ (Schumann) zusammenzutragen.⁶ Heute wird der Stellenwert von Arbeit als gesellschafts-

1 Dies lässt sich bereits dem Kommunistischen Manifest von 1848 entnehmen (MEW, Bd. 4, S. 463 f.).

2 Was nicht heißt, dass Quantität nicht in Qualität umschlagen könnte. Diese neue Qualität gibt es tatsächlich, bezogen auf die neue Bedeutung des Finanzmarktes. Dennoch scheint die Rede von der „Herrschaft der Finanzmärkte“ mehr der politischen Konstruktion von Sachzwängen zu dienen als einer auf Re-Regulierung abzielenden konstruktiven Kritik. Ausführliches zur „Politische(n) Ökonomie der Finanzmärkte“ findet sich bei Jörg Huffschmid unter dem gleichnamigen Titel, Hamburg 1999.

3 Bei Marx heißt es ausführlicher: „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke.“ (MEW, Bd. 42, S. 321) Diese niederzureißenden Grenzen beziehen sich für Marx nicht nur auf nationale, sondern ebenso auf soziale Grenzen: alles „Ständische und Stehende verdampft“ vor der Dynamik des Kapitals (MEW, Bd. 4, S. 465).

4 Ausführlicher s. Hansgeorg Conert, Vom Handelskapital zur Globalisierung, Münster 1998.

5 So Conert, Handelskapital, S. 383 f.

6 Schumann ergänzt: „Wer erinnert sich noch? „Erlebnissgesellschaft“, „Protestgesellschaft“, „Risikogesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Freizeitgesellschaft“, „Dienstleistungsgesellschaft“, „Informationsgesellschaft“. Doch die Halbwertzeit der Modelle blieb zumeist kurz; ihr beschränkter Erklärungswert hinkte allzu sehr hinter ihrem gesamtgesellschaftlichen Interpretationsanspruch her.“ (Michael Schumann, Das Ende der kritischen Industriesoziologie?, in: Leviathan, 30 Jg., H. 3, S. 159)

theoretische Kategorie sowie für die subjektive Identitätsbildung zunehmend rehabilitiert. Allerdings befindet sich die uns vertraute fordistische Arbeitsgesellschaft im Prozess ihrer Auflösung. Die sozialwissenschaftliche wie gewerkschaftliche Theorie und Praxis haben sich dieser Situation zu stellen.

Regulationstheoretische Anschauungen: der Fordismus.

An dieser Stelle kann die in Frankreich entstandene und in Deutschland seit etwa 15 Jahren rezipierte, kontrovers diskutierte und weiterentwickelte Regulationstheorie nicht systematisch dargestellt werden.⁷ Vielmehr gilt es, in Anlehnung an diesen Forschungsansatz, den Fordismus hinsichtlich der verfolgten Fragestellung so zu skizzieren, dass dessen kapitalismustheoretische Bedeutung verständlich wird, sich Konturen gewerkschaftlicher „Verstrickung“ abzeichnen und die Tragweite des sich vollziehenden Transformationsprozesses erkennbar wird.

Fünf Aspekte einer regulationstheoretischen Betrachtung des Fordismus seien hier genannt:

1. Die dem *Kapitalverhältnis* eigenen Strukturmerkmale wie Privateigentum an Produktionsmitteln, Lohnarbeit und die privatisierende Aneignung gesellschaftlicher Arbeit sind *stets in historische und folglich soziale Kontexte eingebettet*. Folglich gibt es weder einen allgemeinen Kapitalismus noch einen Kapitalismus pur – wenngleich der Neoliberalismus eine negative Utopie dieser Vorstellung predigt. In der Nachkriegszeit etablierte sich, als gesellschaftliche Formation eines zivilisierten Kapitalismus, der so genannte Fordismus.

2. Dieser Fordismus entwickelte sich nicht auf dem Reißbrett nach den Vorstellungen wirkmächtiger Eliten, sondern *ging aus zahlreichen sozialen Kämpfen, Kompromiss- und Institutionenbildungen hervor*, die schließlich in ein relativ kohärentes Modell der Kapitalakkumulation (sog. Akkumulationsregime) mündeten, welches sich als eigene reproduktive Formation etablierte. Folglich waren unter den zeitgenössischen Beobachtern und Akteuren seiner Genese die Konturen dieser Entwicklung umstritten. Bemerkenswerterweise kam die Regulationstheorie auf, als der Fordismus seinen Zenit bereits überschritten hatte.

3. Der Fordismus wird *gemeinhin als besondere Verknüpfung tayloristisch durchrationalisierter Massenproduktion mit Massenkonsum betrachtet*. Letzteres wurde durch Teilhabe der Lohnempfänger an den Produktivitätsfortschritten und Sicherung effektiver Kaufkraft durch keynesianisch geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates gewährleistet. Den USA kam hierbei die weltmarktbezogene Funktion einer Konjunkturlokomotive zu. Vereinfacht lässt sich sagen: Produktivitäts-, Gewinn- und Lohnsteigerungen stimulierten sich wechselseitig und ermöglichten eine historische einmalige Prosperitätskonstellation. Erinnerung sei an hohe Wachstumsraten und zweistellige Lohntarifsteigerungen in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre.

4. Ein herausragendes gesellschaftliches Merkmal des Fordismus zeigt sich in der *Anerkennung und Institutionalisierung des Klassenkonflikts*. Hierbei hat der Verrechtlichungsgrad des Verhältnisses von Kapital und Arbeit wiederum in Deutschland eine besonders ausgeprägte Form angenommen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen und die paritätä-

7 Insbesondere Kurt Hübner, Joachim Hirsch und Birgit Mahnkopf verdankt sich die breite Rezeption des Regulationsansatzes in der bundesdeutschen Linken: Kurt Hübner, *Theorie der Regulation*, Berlin 1989; Joachim Hirsch/Roland Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg 1986; Birgit Mahnkopf (Hrsg.), *Der gewendete Kapitalismus*, Münster 1988.

tische Repräsentanz von Kapital- und Arbeitnehmervertretern in deren Aufsichtsgremien, auf die gesetzliche Verankerung und Sicherung von Arbeitnehmerinteressen durch die Montanmitbestimmung, das Betriebsverfassungsgesetz und das Unternehmensmitbestimmungsgesetz. Weiterhin wurde den korporativen Akteuren von Kapital und Arbeit über die Tarifautonomie, gesetzlich gestützt und flankiert, eine eigenständige Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses zugewiesen. Der Flächentarifvertrag besorgte hierbei die Standardisierung und Verallgemeinerung des so genannten Normalarbeitsverhältnisses. Den von Berufs- zu Massenorganisationen gewandelten Branchen- oder Richtungsgewerkschaften kam im Fordismus demnach eine „Schlüsselrolle“⁸ zu. Die Gewerkschaften können sowohl als Schrittmacher sozialen Fortschritts wie auch als Garanten der Kaufkraft- bzw. Absatzsicherung gelten.

5. Der Transformation des Lohnarbeitsverhältnisses, gleichsam dem *Wandel der „Ware“ Arbeitskraft von der Proletarität zum Arbeitnehmerstatus*, ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken: Das Lohnarbeitsverhältnis entwickelte sich im 20. Jahrhundert „zu einer stabilen gesellschaftlichen Position..., mit der Sicherheitsgarantien und Rechtsansprüche verbunden wurden, die geeignet waren, einen gesellschaftlichen Bürgerstatus zu begründen. Diese Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung kann als die große Innovation der Erwerbsgesellschaft gesehen werden.“⁹ Mit Erwerbsarbeit ist folglich nicht mehr nur eine Vergütung verbunden, sondern Unternehmerwillkür eingrenzende Arbeitnehmerrechte (Tarif- und Arbeitsrecht) und soziale Absicherung vor existentiellen Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Altersversorgung). „Bis annähernd zum Beginn der 1970er-Jahre konnte man ... beobachten, wie das Lohnarbeitsverhältnis durch Erweiterung kollektiver Regelungen konsolidiert wurde, durch kollektive Vereinbarungen, kollektive Rechte in Bezug auf Arbeit und soziale Sicherheit, starke Präsenz der Gewerkschaften, starke Präsenz des Staates, Kompromisse zwischen mächtigen kollektiven Akteuren und dergleichen. Man konnte damals insoweit von einem Kompromiss sprechen, als mächtige kollektive Akteure in der Lage waren, den Marktmechanismen die Stirn zu bieten.“¹⁰

Die Transformationskrise der fordistischen Arbeitsgesellschaft folgt ihrer inneren Zersetzung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die Gewerkschaften vor einer vollkommen veränderten Situation. Es kann seit Mitte der 1970er-Jahre von einer strukturellen Überakkumulation von Kapital ausgegangen werden, d.h. das Kapital findet keine hinreichend profitabel erscheinenden Anlagesphären mehr, reale Investitionen münden in einen verschärften Rationalisierungs- und Verdrängungswettbewerb mit der entsprechenden Begleiterscheinung schwacher Wachstumsraten, sich verstetigender Massenarbeitslosigkeit und stagnierender Reallohnentwicklung.¹¹

8 Richard Detje, Die Linke in einer Zeit des Erdrutsches, in: Michael Aglietta u.a., Umbau der Märkte, Hamburg 2002, S. 271

9 Robert Castel, Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: Lohn der Angst, Liber-Jahrbuch 3, Konstanz 2001, S. 14-20.

10 Castel, Lohnarbeitsgesellschaft.

11 Die Theorie der „strukturellen Überakkumulation“ wird vor allem im Kontext der Diskussion der Theorie langer Wellen kapitalistischer Entwicklungsdynamik diskutiert. Teils stützen sich diese Theorielager, teils liegen deren Argumente quer zueinander. In Deutschland finden diese Debatte ihren Niederschlag insbesondere in Publikationen der Sozialistischen Studiengruppe, der Zeitschrift SPW, der Zeitschrift Prokla und der Memorandum-Gruppe.

In Folge dieser Kapitalverwertungsschwierigkeiten kommt es zur Expansion und schließlich zur relativen Verselbständigung der Finanzmärkte; deren Entwicklung übersteigt um ein Vielfaches die Wachstumsraten des Welthandels und der Weltproduktion.¹² Die Profiterwartungen der realen Ökonomie bleiben hinter den Versprechungen der spekulativen Sphäre zurück, was wiederum die betriebs- und volkswirtschaftliche Entwicklung nicht unberührt lässt (Zielmarken betriebswirtschaftlicher Gewinne orientieren sich am Kapitalmarkt, volkswirtschaftlich kommt es zur Stagnation, schließlich gar mit Deflationstendenzen). Staatliche Strategien der Exportförderung sowie steuerliche Entlastungen von Kapitaleinkommen verschärfen unter den gegebenen Bedingungen den internationalen Wettbewerb und heizen spekulative Finanztransaktionen an. Aufgrund der anhaltenden Diskrepanz zwischen der Akkumulation von Real- und Geldkapital kommt es zur Erosion des fordistischen Arrangements.

Diese Krise bezieht sich nicht nur auf das verarbeitende Gewerbe, mit der Automobilindustrie als stilprägender Branche des tayloristisch-fordistischen Produktionsmodells, sondern auf ein gesamtes gesellschaftliches Gefüge. Hinsichtlich der öffentlichen Hand äußert sich die anhaltende Krise des Fordismus in einer Fiskalkrise der öffentlichen Haushalte und schwindender Regulierungskompetenz des Staates (Steuer- und Geldpolitik als vorrangiges Regulierungsinstrument). „Die radikale Tendenz zur Privatisierung von Öffentlichen Gütern ergibt sich aus der Gemengenlage von öffentlicher Finanzkrise, Verschlechterung der Dienste infolge schlechterer Finanzausstattung, veränderter Bedeutung der allgemeinen Bedingungen der Produktion und einem chronischen Überangebot von Kapital infolge zurückbleibender Möglichkeiten zur Kapitalanlage.“¹³ Erst Letzteres macht im Übrigen diese Privatisierungswelle privatwirtschaftlich attraktiv und staatlich möglich. An dieser Stelle sei auch daran erinnert, dass die zentralen Säulen des Sozialstaates (Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) an Wachstumsbedingungen bzw. die Entwicklung der Arbeitseinkommen gekoppelt sind. Allein schon angesichts von Massenarbeitslosigkeit und stagnierender Einkommensentwicklung sehen sich die sozialen Sicherungssysteme rückläufigen Einnahmen und wachsenden Ausgaben ausgesetzt, die wiederum deren Konstruktionsprinzipien zur Debatte stellen.

Schwindende Regulierungskompetenz des Staates, verschärfter Wettbewerb, wachsende Verteilungskonflikte und die Erosion der gewerkschaftlichen Vermittlungs-, Normierungs- und Verteilungsfunktion können folglich nur in einem sehr beschränkten Sinne äußeren Globalisierungszwängen zugeschrieben werden. Die Erosion und Transformation der Arbeitsgesellschaft erfolgt gleichsam von innen heraus.

Damit soll nicht gesagt werden, dass dem von Globalisierungskritikern thematisierten verschärften internationalen Wettbewerb oder der Liberalisierung des Währungs-, Kapital-, Waren- und Dienstleistungsmarktes keine eigene Bedeutung zukommt; deren Relevanz erschließt sich aber erst im Zusammenhang mit der Dekonstruktion einer historisch spezifischen Formierung des Kapitalismus. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft und „Globalisierung“ sind sich wechselseitig verschränkende und verschärfende Teile ein und desselben Prozesses: einer akkumulationsbedingten Krise der fordistischen Regulierungsweise.

12 Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, Münster 1996.

13 Joachim Bischof, Marktöffnung oder gesellschaftliche Regulierung, in: Sozialismus, H.7-8/2003, S. 28.

Das Gravitationszentrum eines neuen, flexiblen Kapitalismus

Wir leben in einer gesellschaftlichen Umbruchphase, die bereits erste Konturen ihrer postfordistischen Neukonstitution erkennen lässt. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus ändert seine Produktionsweise, sein institutionelles Arrangement, sein Akkumulationsregime. Der sozio-ökonomische Kern der Produktionsverhältnisse bleibt im Rahmen dieser Neuformierung des Kapitalismus erhalten. Das Neue scheint sich vor allem in einem veränderten Verhältnis von Markt- und Produktionsökonomie fassen zu lassen. Ob sich damit bereits Belege für einen Formationswechsel finden lassen, die dazu berechtigen, von einem „Regulationsregime des Vermögensbesitzes“¹⁴, einer „New Economy“¹⁵ oder einem „flexibel-finanzgetriebenen Akkumulationsregime“¹⁶ zu sprechen, ist dabei ebenso umstritten wie die Beantwortung der Frage, ob sich daraus eine erneute Prosperitätskonstellation für einen dynamischen, zivilisatorisch fortschrittlichen Kapitalismus ergibt.¹⁷

Wie auch immer die gesellschaftliche Regulierungsebene bestimmt werden kann, die betriebliche lässt sich bereits in ihren Grundzügen erkennen. Mit Klaus Dörre lässt sich dieses - zumindest vorläufig - als „flexibel-marktgetriebenes Produktionsmodell“ skizzieren. Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass ein Produktionsmodell unilinear über die betriebliche Ebene hinausgreifend einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang „programmiert“, so greift die neue Betriebsweise weit über die unmittelbare Sphäre der Arbeit hinaus. Es scheint insofern sinnvoll, dieses neue Produktionsmodell als „Gravitationszentrum eines neuen Kapitalismus“¹⁸ zu betrachten.

Die Konstitution dieses flexibel-marktgetriebenen Produktionsmodells reicht auf Entwicklungstendenzen zurück, die in den 1970er-Jahren mit der manageriellen Kritik an tayloristischen Formen der Massenproduktion begannen.¹⁹ Die standardisierte, auf engmaschiger Arbeitsteilung beruhende Massenfertigung erwies sich gegenüber den veränderten Marktbedingungen und Kundenanforderungen als zu unflexibel. Die Abschirmung der durchrationalisierten Fertigungsprozesse von den Unwägbarkeiten des Marktes führte zu einem Anwachsen der indirekten Bereiche. Umfassende Automatisierungsstrategien, wie sie in Konzepten des Computer Integrated Manufacturing verfolgt wurden, schlugen fehl. Speziell auf die Verwaltung zugeschnittene, auf die neuen IuK-Technologien setzenden Rationalisierungsprogramme zeitigten weder die notwendigen Ersparnisse noch kamen sie dem betrieblichen Flexibilitätsbedarf entgegen.²⁰

Fast gleichzeitig erschienen 1984 zwei unabhängig voneinander entstandene Studien, die das Ende der Massenproduktion und der herkömmlichen Arbeitsteilung verkündeten. Piore/

14 Michael Aglietta, Ein neues Akkumulationsregime - Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg 2000.

15 Popularität erhielt dieser Begriff durch eine Rede des Vorsitzenden des US-amerikanischen Zentralbankrates Alan Greenspan im Jahre 1996; zu Begriff und Modell der „new economy“ siehe den Beitrag von Christoph Scherrer in Prokla, Jg. 30, H. 1/2001, S. 7-31.

16 Klaus Dörre, Das flexibel-marktzentrierte Produktionsmodell – Gravitationszentrum eines „neuen Kapitalismus“?, in: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hrsg.), Das neue Marktregime, Hamburg 2002.

17 Zur Kontroverse s. den Sammelband von Dörre/Röttger (Hrsg.), Marktregime.

18 Dörre, Produktionsmodell.

19 Die gewerkschaftliche und industriesoziologische Kritik am Taylorismus spielte hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Schließlich ging es Unternehmensvertretern nicht vorrangig um Fragen der Humanisierung der Arbeit, sondern um ökonomische Flexibilisierungspotentiale.

20 Einen Überblick über Probleme fordristischer Rationalisierungsstrategien im Umgang mit neuen Markterfordernissen vermittelt Christoph Deutschmann, Postindustrielle Industriesoziologie, Weinheim/München 2002, Kapitel 2.

Sabel²¹ sprachen von der „flexiblen Massenproduktion“, Kern/Schumann²² von „neuen Produktionskonzepten“, die beide auf eine Aufwertung der lebendigen, requalifizierten Facharbeit hinausliefen. An die Stelle der rigiden Detailsteuerung von Arbeit trat die Ausweitung des Aufgabenspektrums durch Reintegration planender, ausführender, qualitätssichernder und instandhaltender Tätigkeiten in den unmittelbaren Produktionsprozess. In den 1990er-Jahren kam es schließlich im Zusammenhang mit der „schlanken Produktion“ zu einer Reorganisations- und Rationalisierungswelle der Betriebs-, Fertigungs- und Arbeitsorganisation, die in der Nachkriegszeit ihresgleichen sucht und am ehesten mit den 1920er-Jahren verglichen werden kann - der Zeit der Herausbildung des tayloristisch-fordistischen Produktionsmodells. Die hinlänglich bekannten Stichworte dazu lauten: Konzentration auf die Kernkompetenz, Outsourcing, Dezentralisierung, Fraktale, Profit- und Costcenter, Prozess- und Kundenorientierung, Gruppenarbeit etc. Seit einigen Jahren greifen zunehmend Verwertungsstrategien der „Ökonomisierung durch Vermarktlichung“ um sich.²³ All diese Elemente der Reorganisation und Rationalisierung bringen eine breite Varianz an Mustern der Unternehmens- und Fertigungsorganisation sowie der Arbeitspolitik hervor, die sich aber trennscharf vom tayloristisch-fordistischen Produktionsmodell unterscheiden lassen.

Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für das Verhältnis von Kapital und Arbeit möchte ich zum einen an der Neuformierung des Arbeitsverhältnisses andeuten und als organisationspolitische Herausforderung der Gewerkschaften benennen, zum anderen an der Erosion des formal intakten Systems industrieller Beziehungen skizzieren, die unmittelbar die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und das gewerkschaftliche Selbstverständnis berühren. Beide Aspekte leuchten den Strukturwandel nicht aus, machen aber das Ausmaß des Transformationsprozesses erkennbar.

Neue Widersprüche im Verhältnis von Kapital und Arbeit

Arbeitsinhalte, Arbeitsanforderungen und Arbeitsformen unterliegen, wie gesagt, einem tiefgreifenden Wandel. Dabei wird vom Management im Wesentlichen auf die Selbstorganisations- und Rationalisierungspotentiale der lebendigen Arbeit gesetzt. Damit ändert sich aber auch das herkömmliche Arbeitsverhältnis selbst. Statt fremde Anweisungen unter Bedingungen der Kontrolle auszuführen, sollen Unternehmens- bzw. Bereichs- oder Gruppenziele in eigenverantwortlicher Weise realisiert werden. Natürlich verzichtet das Kapital hierbei nicht auf die Steuerung und Fremdkontrolle fremder Arbeit, es verzichtet allerdings auf personale und bürokratische Herrschaft. Einzelne Unternehmenseinheiten, Arbeitsgruppen oder Arbeitskräfte werden direkt den Turbulenzen des Marktes oder über abstrakte ökonomische Kennzahlen zumindest einem simulierten Markt ausgesetzt. Damit erfolgt keine Rücknahme von Herrschaft, aber sie vermittelt sich über eine Kontextsteuerung der Arbeitsbedingungen und Leistungsziele. Moldaschl und Sauer sprechen von „Herrschaft durch Autonomie“²⁴.

21 Michael J. Piore/Charles F. Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985 (englische Erstveröffentlichung 1984).

22 Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung?*, München 1984.

23 Genaugenommen war diese bereits in der Philosophie der „Lean Production“ angelegt.

24 Manfred Moldaschl/Dieter Sauer, *Internalisierung des Marktes – Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft*. In: Heiner Minssen (Hrsg.), *Begrenzte Entgrenzung*, Berlin 2000, S. 205-224.

Diese „neuartige Logik der Arbeitskraftnutzung“²⁵ eröffnet den Einzelnen größere Freiheits- und Gestaltungsgrade in der Arbeit, setzt am Arbeitsethos und der Produzentenintelligenz an, ohne aber auf Fremdbestimmung unter Kapitalverwertungsgesichtspunkten zu verzichten. Der klassische Arbeitsvertrag erhält damit zunehmend Züge eines Werkvertrages: nicht Input, sondern Output wird honoriert. Arbeitnehmern wird unternehmerisches Handeln abverlangt, selbstredend gehört hierzu auch das unternehmerische Risiko (etwa durch die Koppelung der Entgelte an den Betriebserfolg). Unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit, wachsendem Wettbewerb oder dessen inszenierter Verschärfung folgen Selbstinstrumentalisierung und Selbstausbeutung.

All diese Entwicklungen wurden zum (Ideal-)Typus des sog. „Arbeitskraftunternehmers“²⁶ zusammengefasst. Dieser ist sicherlich nicht völlig neu, gerade im Bereich der Medien und des Kulturbetriebes hat diese „neue Selbstständigkeit“ Tradition. Neu ist aber, dass sich dieser Typus, wenn auch in unterschiedlichem Maße, über sämtliche Branchen ausdehnt und selbst im unmittelbaren Fertigungsprozess Fuß fasst. Diese Arbeitnehmer sind mit den herkömmlichen Strategien einer tariflichen Fixierung von Arbeitsbedingungen und ihrer betrieblichen Kontrolle durch den Betriebsrat weder vor Überbeanspruchung zu schützen noch anzusprechen.²⁷ Die Gewerkschaften stehen folglich vor außerordentlichen organisations- und tarifpolitischen Herausforderungen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Organisation qualifizierter Angestellter stimmen nicht gerade optimistisch.

Abschließend sei auf einen weiteren zentralen Sachverhalt aufmerksam gemacht. In den vergangenen Jahren hat ein Funktionswandel der Tarif- und Betriebspolitik innerhalb eines formell betrachtet intakten institutionellen Rahmens „industrieller Demokratie“ stattgefunden.²⁸ Trotz deutlicher Produktivitätsfortschritte findet keine Politik der Teilhabe, sondern der Bestands- und Beschäftigungssicherung statt. Dies hat Gründe, die mit einem Verweis auf die allgemeine politische oder wirtschaftliche Lage nicht hinreichend gestützt werden können. Vielmehr hat dies neben der Erosion von Regulativen des Arbeitsmarktes auch mit den genannten Veränderungen des Produktionsmodells zu tun.

Anders als unter den Bedingungen des Fordismus wird die Lohnarbeit nicht relativ von den Risiken des Marktes abgekoppelt, vielmehr wird heute „über die Rückkoppelung abhängiger Arbeit an Marktrisiken verhandelt.“²⁹ Gegenüber Betriebsräten und Arbeitnehmern, die in Wettbewerbs- oder Beschäftigungssicherungspakte eingebunden sind, greift Klassenkampfrhetorik³⁰ ebenso ins Leere wie gegenüber einem Marktrisiken somatisierenden „Un-

25 Hans J. Pongratz/G. Günter Voß, Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft, in: Minssen (Hrsg.), Entgrenzung, S. 225-247.

26 Vielfach wurde dieser Begriff hinsichtlich seiner sozialwissenschaftlichen Konstruktion und Tauglichkeit oder seiner empirischen Bedeutung wegen kritisiert, s. hierzu den von Eva Kuda und Jürgen Strauß herausgegebenen Sammelband: Arbeitnehmer als Unternehmer?, Hamburg 2002. Vor dem Hintergrund seiner Verbreitung und zur Pointierung der Argumentation erscheint es mir allerdings sinnvoll, ihn – wenn auch in Anführungszeichen – zu verwenden. Denn er enthält gerade angesichts seiner „analytischen Zuspitzung ... und seiner theoretischen Einordnung produktive Diskussionsanstöße und erhebliche Erkenntnispotenziale“ (Hans-Jürgen Urban, Der Arbeitskraftunternehmer – Ein neues Produkt der Spektakel-Soziologie?, in: Hilde Wagner (Hrsg.), Interventionen wider den Zeitgeist, Hamburg 2001, S. 112).

27 Eindrucksvoll beschrieben in Wilfried Glißmann/Klaus Peters, Mehr Druck durch mehr Freiheit, Hamburg 2001.

28 Siehe hierzu Armin Schild, Von der Standortsicherung zur „guten Arbeit“. In: Christoph Ehlscheid u.a. (Hrsg.), „Das regelt schon der Markt!“ Hamburg 2001, S. 153-162; Empirisches findet sich bei Rudi Schmidt/Silke Röbenack/Robert Hinke, Prekarisierung des kollektiven Tarifsystems am Beispiel der ostdeutschen Metallindustrie, in: Industrielle Beziehungen, H. 2/2003, S. 220-249.

29 Dörre, Produktionsmodell, S. 23.

30 Dabei ist ausdrücklich nichts gegen die Berechtigung und Sinnigkeit eines soziologischen und politischen Klassenbegriffs und entsprechender gewerkschaftlicher Bezugnahmen gesagt. Nur unter den Bedingungen einer Politik der Beschäftigungs- und Standortsicherung befördern entsprechende Anrufungen eher die Entfremdung der Gewerkschaften gegenüber ihrer „verbetrieblichten“ Mitgliedschaft, sofern es nicht gelingt, die betriebliche Ebene selbst zu politisieren.

ternehmerbewusstsein“ abhängig Beschäftigter³¹. Anders ausgedrückt: Sowohl „modern“ reorganisierte, „marktgetriebene“ wie auch „alte“, krisengeschüttelte Betriebe, die zugunsten von Investitionszusagen oder für befristete Arbeitsplatzgarantien Abstriche von bisherigen tariflichen Standards gewähren, entziehen sich traditionellen Strategien konfliktärer Mobilisierung. Aber auch die herkömmliche Sozialpartnerschaftsideologie bricht sich an den neuen Wettbewerbsstrategien. Gegenwärtig geht es weniger um materielle Teilhabe am wachsenden Wohlstand und gewährte Mitsprache zur Sicherung differenter Interessen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um sozialen Frieden, als vielmehr um Konzessionen zur Rendite- und Standortsicherung. Auch diese Politik fortwährender Abstriche unterminiert das Selbstverständnis und die Legitimität partnerschaftlicher Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Folgerungen

Neue, flexibilisierte und marktgeöffnete oder -simulierende Formen der Unternehmens-, Betriebs- und Arbeitsorganisation, der neue „Arbeitskraftunternehmer“ sowie wettbewerbsbezogene Verbetrieblungstendenzen (gar unter Einbindung betrieblicher Interessenvertreter und Belegschaftskerne), gesetzgeberisch flankiert durch eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und Sozialabbau, fügen sich zu einer Neuformierung des Lohnarbeitsverhältnisses zusammen. Alles in allem: Die bestehende Verfassung der Arbeitsgesellschaft unterliegt einem Wandlungsprozess, der das Selbstverständnis, die Mobilisierungsfähigkeit, die Tarif- und Vertretungspolitik der Gewerkschaften unmittelbar herausfordert.

Eine derart umfassende Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse, in deren Rahmen das Kapitalverhältnis sich von fordistischen Regulationsmustern „befreit“, macht Gewerkschaften sicherlich nicht überflüssig, im Gegenteil. Deren bisherige - in der Rückschau komfortabel erscheinende - Funktionsbedingungen verflüchtigen sich allerdings. Solchermaßen dramatische Umbrüche lassen sich weder mit einer Politik der Rückbesinnung auf kämpferische Traditionen des Verteilungskonfliktes bewältigen, noch über nachholende Strategien der Anpassung tariflichen Regelwerkes an veränderte Realitäten. Erst recht greifen Strategien der Verteidigung des Status quo gegen externe Globalisierungszwänge ins Leere. Es geht darum, sich in den Transformationsprozess der Arbeitsgesellschaft selbst aktiv einzubringen.

Die Herausforderung liegt darin, der Worthülse des „Postfordismus“ einen aus Arbeitnehmersicht positiven Inhalt zu geben. Der verbreiteten Markt-Euphorie des Wirtschaftsliberalismus ist ein eigenes gesellschaftliches Leitprojekt entgegenzustellen. Hierbei reicht es nicht, in einem falschen, idealistischen Sinne Aufklärungsarbeit über die desaströsen Folgen des Neoliberalismus zu leisten, sondern es gilt, an den betrieblichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen gestaltend anzuknüpfen. Diese sind nicht widerspruchsfrei und bieten daher zahlreiche Aspekte für gewerkschaftlichen Zugriff.

31 Es ist kaum davon auszugehen, dass sich Arbeitnehmer- und Unternehmerbewusstsein völlig angleichen. Die gewählte Übertreibung soll allerdings darauf aufmerksam machen, dass sich auch auf der subjektiven Seite der Arbeitnehmerschaft gravierende Veränderungen abzeichnen. Da die Arbeiterbewusstseinsforschung in den 1980er-Jahren endgültig abbrach, bleibt die Analyse des Arbeitnehmerbewusstseins zu Beginn des neuen Jahrtausends bis dato ein Desiderat.

Um bei den beiden genannten Veränderungen zu bleiben: Der neue „Arbeitskraftunternehmer“ ist eine widersprüchliche Sozialfigur. Dies hebt ihn nicht von herkömmlichen Arbeitnehmertypen ab, da dem Lohnverhältnis strukturell die widersprüchlichen Dimensionen von Konflikt und Kooperation inhärent sind. Die sich aus der Aufwertung lebendiger Arbeit ergebenden neuen Freiheiten wie auch neuen Beschränkungen und Risiken sind allerdings über eine Reform der Arbeitsverfassung neu auszutarieren. Hierzu gehört zum einen die Verrechtlichung gewährter, bestenfalls gewohnheitsrechtlich abgesicherter arbeitsbezogener Spielräume und Partizipationsrechte, zum anderen die arbeitsrechtliche Ausstattung des Arbeitnehmerstatus mit einem „Sockel von Mindestrechten“³² (insbesondere Weiterbildung, Teilzeit, Zeitkonten) und einer sozialen Absicherung, etwa durch ein steuerfinanziertes Mindesteinkommen, die „Flexibilität und Sicherheit in Einklang bringt“³³. All diese Maßnahmen liefen den genannten Entwicklungen nicht zuwider, setzten aber der manageriellen Flexibilisierungs- und der staatlichen Deregulierungspolitik eine zeitgemäße Form des Lohnarbeitsverhältnisses entgegen.

Läuft diese Politik auf eine neue Balance zwischen Individualität und Kollektivität hinaus, so gilt dies umso mehr für die notwendige Renaissance gewerkschaftlicher Betriebspolitik. Verbetrieblichungstendenzen des Systems industrieller Beziehungen sind selbst durch tarifliche Öffnungsklauseln, in Tarifbausteine gegliederte Flächentarifverträge oder ein System zweistufiger Lohnabschlüsse nicht einzudämmen. Folglich kommt es heute wieder entscheidend darauf an, sich betriebspolitisch zu beweisen. Die Gewerkschaften können sich hierbei nicht darauf reduzieren, den Betriebsräten in stärkerem Maße beratend zur Seite zu stehen. Es geht um eine Politisierung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen, wenn nicht der Unternehmenspolitik insgesamt. Mit ihrer Kampagne „gute Arbeit“³⁴ hat die IG Metall einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen, der allerdings zu sehr auf Fragen des Gesundheitsschutzes begrenzt ist. Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden technisch-organisatorisch-arbeitspolitischen Wandels des manageriellen Zugriffs auf lebendige Arbeit, wird es dringender denn je, „Arbeitsgestaltung wieder zu einem Kernfeld gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu machen“.³⁵

All dies bedeutet nicht weniger, als die eingeübte Zweiteilung von politischen und sozialen Forderungen und Kämpfen einzureißen, die sich sowohl in der „klassischen“ Arbeitsteilung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften wie in der herkömmlichen Aufgabenteilung zwischen „kämpferischen“ Gewerkschaften und einer weitgehend auf das Tagesgeschäft der Arbeitnehmervertretung bezogenen Betriebsratsarbeit ausdrückt. Mit der Politisierung der kleinen und alltäglichen Forderungen geht nicht nur konkrete gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit über betriebliche und gesellschaftliche Zusammenhänge einher, es besteht die Chance, neue - strategisch wichtige - Belegschaftsgruppen zu gewinnen, gewerkschaftliche Gegenmacht wieder stärker betrieblich zu verankern und einen Prozess der Selbstpolitisierung einzuleiten.

Um sich nicht in differente, wenn nicht divergente Einzelprojekte gewerkschaftlicher (Wieder-)Belebung zu verlieren, bedarf es einer orientierenden Leitidee, die wiederum die

32 Aglietta, Akkumulationsregime, S. 113.

33 Aglietta, Akkumulationsregime, S. 35; sehr ähnlich argumentierend: Castel, Lohnarbeitsgesellschaft, S. 19.

34 Vor- und dargestellt in Jürgen Peters/Horst Schmitthener (Hrsg.), gute arbeit., Hamburg 2003.

35 Rainer Salm/Wolfgang Kötter, Gruppenarbeit – ein verbrauchtes Leitbild „guter Arbeit“?, in: Peters/ Schmitthener (Hrsg.), gute arbeit, S. 127. Über das „Wieder“ ließe sich hierbei streiten. Wie dem auch sei, die Reanimierung der Arbeitspolitik müsste deutlich aus dem Schatten der Humanisierungspolitik der 70er/80er Jahre treten.

zahlreichen - organisationsinternen wie übergreifenden - Teilaktivitäten zu einem Großprojekt der Gegenhegemonie bündeln. Bob Jessop schlägt vor, sich der Vorstellung einer „knowledge-based economy“ zuzuwenden. „Diese stellt auf verschiedenen Ebenen den Rahmen für umfassende Auseinandersetzungen um die politische, intellektuelle und moralische Führung dar, in denen aber auch um konkrete technologisch-wirtschaftliche Reformen gerungen wird. Die Grundidee wird auf vielen Stufen umgesetzt: von der lokalen bis zur globalen Ebene, an vielen organisatorischen und institutionellen Stellen, von Firmen bis zu staatlichen Apparaten, in vielen funktionalen Systemen - von der Erziehung und Wissenschaft über die Gesundheits- und Sozialversorgung bis zur Gesetzgebung und zur Politik -, aber auch in der Wirtschaft im engeren Sinne, in der gesamten öffentlichen Sphäre sowie in der Lebenswelt.³⁶ Mehr als andere Projektionen, man denke etwa an die Deutung des arbeitgesellschaftlichen Wandels als einen Übergang zur „New Economy“, in den Digital-, Kasino-, Flexi- oder Turbo-Kapitalismus, von der Arbeitnehmer zur Unternehmergeellschaft etc. scheint diese „Großerzählung“ (Jessop) gewerkschaftlich gestaltbar. Gesellschaftsdeutungen sind natürlich stets ideologiehaltig und interessengeleitet und daher politisch nie neutral. Mit der „wissensbasierten Gesellschaft“ lassen sich aber aus Gewerkschafts- und Arbeitnehmersicht positive Assoziationen für die betriebliche Arbeitswelt, für die Zivilgesellschaft und eine künftige institutionelle Gestalt der Arbeitsgesellschaft verbinden, die sich darüber hinaus dazu eignen, einen neuen klassenübergreifenden „historischen Kompromiss“ zu etablieren. Die genannte interessenbezogene „Interpretation“ eignet sich aus linker Sicht insbesondere auch deshalb, weil sie an Stärken des kontinentaleuropäischen Kapitalismus anknüpfen und für den europäischen Einigungsprozess identitätsstiftend wirken kann. Der Kampf um die Deutungshoheit gesellschaftlicher Entwicklungstrends wäre bereits Teil der Auseinandersetzung um die konkrete Gestalt des künftigen Akkumulationsregimes.

36 Bob Jessop, Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes, in: Ulrich Brand/Werner Raza (Hrsg.), Fit für den Postfordismus, Münster 2003, S. 99.